

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 1 (1960)
Heft: 24

Artikel: Der Zwist Moskau-Peking endete mit einem Kompromiss in Bukarest
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1076371>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DER KLARE BLICK

1. Jahrgang, Nummer 24

Wöchentlich, zweimonatliche Beilage

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut AG, Bern

Redaktion und Verwaltung: Dr. Peter Sager, Postfach 1178, Bern-Transit

Jahresabonnement Fr. 20.— Postcheckkonto III 24616, Telefon 2 77 69 Druckerei: Verbandsdruckerei AG Bern

KAMPFBLATT FÜR FREIHEIT, GERECHTIGKEIT UND EIN STARKES EUROPA

STIPENDIEN SIND GUT, DIE UNIVERSITÄT IST BESSER

Der von unseren Lesern mit Erfolg unterstützte Vorschlag, die Stipendien für Afrikaner und Asiaten zu vermehren und später eine westeuropäische Universität für Entwicklungsländer zu gründen, ist im Parlament während der Sommersession besprochen worden. Zwei Bundesräte haben eine Botschaft über diese Frage auf die Herbstsession versprochen.

Hier haben wir nicht nur einen Beweis für das Verständnis unseres Volkes um seine Verpflichtungen gegenüber Freiheit und Gerechtigkeit; wir haben auch einen Beweis für die Lebensfähigkeit der direkten Demokratie, in welcher Bürger in vielfältiger Form auch in Sachfragen ihren Willen bekunden und durchsetzen können.

Zum Teil ist die Idee einer westeuropäischen Universität allerdings — während die Stipendienvermehrung begrüsst wurde — auf Ablehnung gestossen. Vielleicht ist das auch auf eine Begriffsverwirrung zurückzuführen.

Seit einiger Zeit wird von der Gründung einer gemeinsamen Universität Westeuropas gesprochen. Nach Ablehnung der europäischen Verteidigungsgemeinschaft 1954 bemühte man sich 1955 neuerdings um die Integration Europas; diese Konferenz rief den Gemeinsamen Markt (EWG) und das Euratom ins Leben. Damals schlug Deutschland die Schaffung gemeinsamer akademischer Institutionen vor, eine «europäische Universität als ständige autonome Einrichtung für Lehre und Forschung... in der Lehrer und Studenten vornehmlich aus den Ländern der Gemeinschaft zusammengeführt werden».

Dieser Plan steht mit unserem Vorschlag in keinem Zusammenhang. Uns galt es, eine zentralisierte Ausbildungsstelle für Studenten aus allen Entwicklungsländern zu schaffen. Da dies die Möglichkeiten eines einzelnen Landes der freien Welt übersteigt, haben wir eine gemeinsame Anstrengung Westeuropas ins Auge gefasst. Ausserdem braucht eine neue Elite, die weit auseinanderliegende und doch zusammenhängende Staaten entwickeln wird, eine methodische «unité de doctrine», die ihnen nur eine gemeinsame Institution vermitteln kann.

Es handelt sich bei diesen beiden «Westeuropa-Universitäten» somit um zwei ganz verschiedene Dinge, die beide durchaus ihren Platz im Europa von morgen haben können.

Im Parlament ist der klare Wille zu grösserem Einsatz für die Entwicklungsgebiete

zum Ausdruck gekommen. Da wir tief überzeugt sind, dass nur eine zentralisierte Hochschule das angestrebte Ziel erreichen kann, werden wir diesen Vorschlag weiterhin verteidigen.

Wir werden auf den Herbst hin eine umfassende Untersuchung über diese Frage veröffentlichen. Die geplanten Massnahmen zur Vermehrung der Stipendien sind ein Schritt in der guten Richtung — aber

nur ein erster Schritt. Wir werden aber nicht da um herumkommen, wenn wir unseren Platz in der Welt und unsere Freiheit behaupten wollen, den ganzen Weg zu gehen.

Peter Sager.

Der Zwist Moskau-Peking endete mit einem

Kompromiss in Bukarest

Chruschtschew hat in Bukarest theoretisch den dritten Kongress der Rumänischen Arbeiterpartei mit seiner Gegenwart geehrt. Praktisch hat er die Spitzen der kommunistischen Parteien der Welt — und die Abgesandten Pekings — zu sich befohlen, um dem ideologischen Streit zwischen Moskau und Peking einen vorläufigen Strichpunkt zu setzen.

Das Resultat von Bukarest ist ein vorläufiger Waffenstillstand; ein Friede ist es nicht. Beide Seiten haben sich aber — und das war vorauszusehen — der unerbittlichen Logik gefügt, dass die beiden kommunistischen Hauptmächte sich einen offenen Zwist gar nicht leisten können (KB, 15. Juni).

Chruschtschew, der neben der Einheit des kommunistischen Weltblocks noch das Gesicht der Sowjetunion als führende Macht des Blocks wahren musste, leitete den Kompromiss am 21. Juni mit einer scharfen rhetorischen Attacke ein.

Eine kurze Analyse ist hier wichtig, weil gerade dieses Thema im Endcommuniqué wieder auftauchte: Lenin sagte 1920, solange der Kapitalismus bestehe (mit Privateigentum der Produktionsmittel), würden imperialistische Kriege unvermeidlich

sein. Chruschtschew behandelte diejenigen, welche solche Sätze unverändert übernehmen, als phantasielose Schüler, die sich bloss im Auswendiglernen üben. Sollte Lenin heute auferstehen, so würde er ihnen sagen, wie man seine Lehren in veränderten Umständen schöpferisch auslegen müsse.

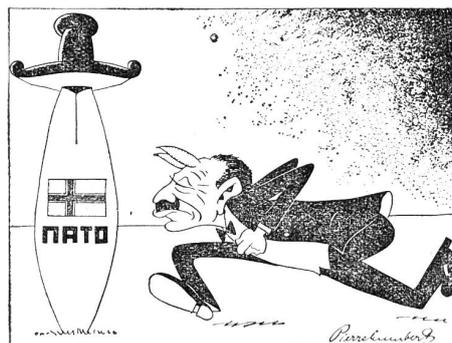
Im Schlusscommuniqué, das auch Peking unterschrieb, heisst es nun, «solange der Imperialismus existiert, (bleibt) auch der Boden für Aggressionskriege erhalten». Peking verzichtet auf Wortklaubereien und anerkennt, dass nur «der Boden vorhanden ist», womit die «Unvermeidbarkeit» zumindest abgeschwächt ist. Ob da, wo der «Boden» vorhanden ist, die Folge vermieden werden kann, wird nicht beantwortet.

Jedenfalls behält sich Peking mit dieser Formulierung das Recht vor, später auf seine frühere These von der Unvermeidbarkeit zurückzukommen, weil die einzige Methode, den Konsequenzen eines «Nährbodens» wirklich vorzubeugen, doch ist, den Nährboden zu vernichten.

Chruschtschew hat zwar das Gesicht gewahrt, die These vom Imperialismus als «Nährboden» des Aggressionskrieges aber anerkannt.

Man hat sich also auf eine mittlere Linie in der Interpretation des Dogmas geeinigt. In Wirklichkeit geht es aber um mehr. Pekings Anspruch, den Kommunismus auf einen Schlag mit den Kommunen zu verwirklichen, wird in Moskau nach wie vor abgelehnt. «Es gibt nur einen Weg zum Aufbau des Sozialismus und Kommunismus, den leninistischen...» schrieb «Pravda» am 12. Juni, und fuhr fort: «Die Behauptungen zeitgenössischer Linkskreise im internationalen Kommunismus, man könne, wenn man die Macht in Händen habe, den Kommunismus direkt

Mikojan: Amoklauf in Oslo



Fortsetzung Seite 4

Unser Memo

Die Belgrader Regierung wird an der nächsten Session der Bundes-Volkskammer einen Entwurf

für ein Gesetz vorlegen, nach dem eine «Hochschule für Politik» gegründet werden soll. Sie wird für Parteikader (sogenannte politisch-gesellschaftliche Kader), Diplomaten, Presseleute und Ideologen die letzte Interpretation des marxistischen Wissens titoistischer Prägung vermitteln. Das Programm sieht Vorlesungen in drei Fachgruppen vor: 1. Entwicklung der Gesellschaft und des wissenschaftlichen Sozialismus, eine historische Schau in marxistischer Sicht über die Anfänge der Gesellschaft, der Technik, des Sozialismus, und der modernen Gesellschaftswissenschaft. 2. Die moderne Gesellschaft und internationale Beziehungen, unter besonderer Berücksichtigung der unterentwickelten Länder, der modernen Arbeiterbewegungen, der Befreiungsbewegungen, der Koexistenz verschiedener Systeme und der besonderen Stellung Jugoslawiens in der Welt. 3. «Unser Gesellschaftssystem», wobei politische und wirtschaftliche Geschichte Jugoslawiens, die interne Nationalitätenfrage und andere aktuelle Probleme des Landes in titoistischem Sinn studiert werden sollen. Titos Jugoslawien ruft damit in Erinnerung, dass es in erster Linie kommunistisch sein will und füllt gleichzeitig eine Lücke: Trotz einigen Instituten und Kursen war der Titoismus bisher in erster Linie empirisch begründet — die Linie wurde von Mal zu Mal, auf Druck Moskaus, Pekings oder des Westens festgelegt. Die Liberalisierungen Titos zur Einigung des Volkes in Krisenzeiten (KB, 15. Juni) verlangen als Gegengewicht die Schaffung eines ideologisch einheitlichen Kadern, besonders in Presse und Diplomatie. Der bisherige empirische Kurs war aber dem Nachwuchs eines straffen Kadern nicht günstig. Jetzt eröffnet Tito, der erfolgreiche Ketzler, sein eigenes Studienzentrum für seine eigene Version des Marxismus.

Curriculum der Woche

MICHAIL ANDREJEWITSCH SUSLOW

Sekretär des ZK der KP d. Sowjetunion, Mitgl. Präsidium des ZK, Theoretiker und Exponent der «harten» Linie. Wird als Gegenstück Liu Schao-tschis (KB, 15. Juni) betrachtet. Geb. 1902, in Schachowskoje (Gebiet Uljanowsk). Schliesst sich 1918 der Partei Jugend an, 1921 Mitglied KP, an Arbeiterfakultät Moskau (Abschluss 1924) abkommandiert, dann Volkswirtschaftsstudien, Dozent ab 1928 Moskauer Universität. Partei-intern energisch für Stalin, erhält zum Dank Posten in Kontrollkommission der KP der Sowjetunion und im Volkskommissariat der Arbeiter- u. Bauerninspektion. 1933/34 führend bei Säuberungen Ural und Tschernigow. 1937—1939 Sekretär Gebietskomitee Rostow, 1939 1. Sekretär Stawropol. 1941 Mitglied ZK. Im 2. Weltkrieg Mitgl. Kriegsrat Nordkaukasische Front, im Stab d. Partisanenbewegung Gebiet Stawropol. 1944 nach Litauen gesandt, wo er Massendeportationen nach Sibirien leitet. 1946 Leiter Abt. Propaganda und Agitation im ZK. Nach Schdanows Tod (1948) dessen Nachfolger im Kominform. Als solcher 1948 führend bei Verdammung Titos, Kominformsitzung Sinaia (Rumänien). Dazu 1949/50 Chefredaktor «Prawda». 1955 Mitgl. Präsidium Oberster Sowjet. Zahlreiche Nebenämter, führender Parteifunktionär. Erscheint in Budapest in der Repressionsphase des Aufstandes (Ende Oktober 1956). Teilnahme 15. Kongress der KP Frankreichs 1959. Teilnahme 10. Jahrestag Rotchinas. Bei Änderungen Sekretariat ZK anfangs Mai 1960 schweigt Suslow, bleibt aber unangetastet. Wird als der eigentliche ideologische Kopf in der Parteiführung angesehen.

Ein merkwürdiges Gebiss

«Der hinfällig gewordene Kapitalismus fletscht immer noch mit den Zähnen, aber sie fallen ihm aus», heisst die Legende dieser Karikatur, die in der offiziellen Landwirtschaftszeitung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, «Selskaja Schisn», erschien. Der Greis mit dem Dollarkopftuch stützt sich auf die zwei Bombenkrücken: «Politik der Stärke», die Oberzähne sind Bomben und hängen wie verfaulte Stummeln,



die Unterzähne sind die «Vasallen des Kapitalismus», wo eigenartigerweise Batista neben Menderes und Li Sing Man (Syngman Rhee) unter den Gefallenen figuriert. Im Unterkiefer, zum Teil wacklig, stecken noch (v.l.n.r.) Adenauer, Franco, Tschiang Kai-schek und Kishi.

Fortsetzung von Seite 1

einführen und dabei historische Etappen seiner Entwicklung überspringen, ist sowohl faktisch falsch als inkorrekt interpretiert.»

Falls Diskussionen über dieses zwischen Moskau und Peking viel mehr Reibung verursachende Thema in Bukarest stattfanden, so verlautete nichts darüber. Der Streit wurde, wie dies zwischen Formlisten üblich ist, dort ausgetragen, wo man streiten durfte: Bei der tatsächlichen Divergenz in der Interpretation der «heiligen Schrift» Lenins.

Warum es aber zu einem Kompromiss kam und warum es auch in Zukunft stets zu einem Kompromiss zwischen Kommunisten kommen muss, sagte indirekt Pin-Chen, Mitglied des rotchinesischen Politbüros: Er befürwortete in Pekings Namen die sowjetische Aussenpolitik und erklärte dann, mit der bestehenden Macht des sozialistischen Lagers sei es möglich, den Krieg zu vermeiden.

«Mit der bestehenden Macht» heisst aber mit Hilfe aller Mächte des jetzigen kommunistischen Blockes. Entsteht ein Zwist zwischen Moskau und Peking, ist es mit der «bestehenden Macht» des sozialistischen Lagers geschehen, und auch mit seiner Fähigkeit, nach Gutdünken Krieg oder Frieden diktieren zu können.

kurz

In Warschau leben noch 18 000 Familien in Kellern, Estrichen und anderen provisorischen Räumen. Der Besetzungsdurchschnitt der Stadt ist 1,81 Personen pro Zimmer («Zycie Warszawy», 8. Juni).

In Tibet flackern ständig neue Unruhen auf; die rotchinesischen Truppenkonzentrationen an der nordindischen Grenze verstärken sich; indische Kommentatoren sind uneins, ob es sich um Defensiv- und Sperrmassnahmen oder um Angriffsvorbereitungen nach Süden handelt.

Der pakistanische Aussenminister Qadir sagte in London, falls keine Verständigung zwischen Frankreich und dem FLN zustandekomme, sei er überzeugt, dass demnächst rotchinesische Freiwillige in Algerien kämpfen würden («Observer», 19. Juni).

In der neuen Republik Kamerun (ehemals französisches Mandat) ist die Lage gespannt. Ueber 5000 Afrikaner sind seit Januar in das angrenzende britische Gebiet geflohen. In Duala finden Attentate auf Europäer statt.

Die Finanzminister von Nigeria und Indien, sowie eine Wirtschaftsdelegation aus Guinea, sind in Prag eingetroffen, um gegenseitige Wirtschaftsprobleme zu studieren («Rude Pravo», 17. und 22. Juni).

Sieben britische Labour-Parlamentarier waren im Rahmen eines DDR-Besuches in Buchenwald und schmückten die Gräber britischer Offiziere und der deutschen Kommunisten Thälmann und Breitscheid («Neues Deutschland», 13. Juni).